

Kapital, Information, Kontrolle: Rezension zu "Kapital und Ressentiment" von Joseph Vogl

Staab, Philipp

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Staab, P. (2021). Kapital, Information, Kontrolle: Rezension zu "Kapital und Ressentiment" von Joseph Vogl. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80864-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Philipp Staab | Rezension | 22.03.2021

Kapital, Information, Kontrolle

Rezension zu „Kapital und Ressentiment“ von Joseph Vogl



Joseph Vogl

**Kapital und Ressentiment . Eine kurze
Theorie der Gegenwart**

Deutschland

München 2021: C.H. Beck

S. 224, EUR 18,00

ISBN 978-3-406-76953-5

Es ist ein Grundgedanke, der Joseph Vogls neues Buch *Kapital und Ressentiment* zusammenhält: Dass Digital- und Finanzwirtschaft, wie ich selbst an anderer Stelle formuliert habe, *aus dem gleichen Holz geschnitzt* sind, ist die These.¹ Zwar waren schon nach der Weltfinanzkrise in den Jahren nach 2008 „Finanzialisierung“ und „Finanzmarktkapitalismus“ über fast zehn Jahre die wohl heißesten Themen, mit denen sich die Analysen der politischen Ökonomie befasst haben. Doch behandeln gegenwärtige Diskussionen um die Digitalisierung des Kapitalismus den Finanzaspekt des technologischen Wandels ausgesprochen stiefmütterlich – und dies, obwohl uns die Plattformökonomie, die nun auch Vogl in den Blick nimmt, tatsächlich mit einer Art „Finanzkapitalismus online“² konfrontiert. Schon personell sind beide Felder eng miteinander verbunden, was etwa eine so exponierte Figur wie Jeff Bezos bezeugt. Der Gründer und bis vor kurzem CEO von Amazon arbeitete nach seinem Studium der Informatik und Wirtschaftswissenschaft zunächst bei D.E. Shaw, einem Wallstreet Hedgefonds, der zu denjenigen Finanzfirmen zählt, die den automatisierten Hochfrequenzhandel erfunden haben. Erst danach und mit der dort erworbenen Expertise hat Bezos seinen Ecommerce Giganten gegründet. Vor allem ähneln sich aber die ökonomischen Praktiken in beiden Bereichen: In Finanz- wie Digitalwirtschaft wird durch

Strategien der künstlichen Verknappung Profit aus eigentlich unknappen Gütern geschöpft – aus Krediten, mit denen Banken selbst Geld schaffen³ beziehungsweise aus Informationsprodukten, die sich per Mausklick kopieren lassen. In beiden Sphären werden exorbitante Renditen durch die Inbesitznahme von Märkten oder durch Sekundärverwertungen (etwa in Form von Derivaten oder in der Onlinewerbung) erwirtschaftet. Es sind diese Praktiken, die belegen, dass die Digitalökonomie ihre Karriere als Schülerin des Finanzmarktkapitalismus begonnen hat.

Diese Familienähnlichkeit herauszustellen, ist wichtig. Denn im Mainstream der ökonomischen Digitalisierungsdebatte (und leider auch in großen Teilen der soziologischen Beobachtung) wird nach wie vor so getan, als handle es sich beim aktuellen technologischen Wandel im Grunde nur um einen weiteren Technisierungsschub, der auf die Steigerung von Effizienz und Produktivität ausgerichtet ist. Der Hinweis auf die Parallelen zum Finanzmarktregime hilft demgegenüber, die wirkmächtigsten Elemente des digitalen Kapitalismus, allen voran die Plattformökonomie, als Projekte einer systematischen Vermachtung von Märkten zum Zwecke der Extraktion zu identifizieren. Wer das übersieht, verharret in der Fixierung auf erhoffte Produktivkrafteffekte – gewissermaßen in der Erwartung, weiteres Wachstum für alle stünde in Aussicht.

Mit Joseph Vogl greift nun ein Autor diesen Punkt auf, der angesichts seiner bisher vorgelegten Arbeiten wie kaum ein anderer im deutschsprachigen Raum dazu prädestiniert ist, die nötige Analyse zu vertiefen und gesellschaftsdiagnostisch zuzuspitzen. Vogl entfaltet seine Perspektive in sechs Kapiteln, die sich wie folgt zum zentralen Argument des Buches hin sortieren: Unter dem Stichwort „Monetative Gewalt“ führt er die Leser*in in Entstehung und Aufstieg des Finanzkapitalismus ein. Zwar sei das finanzkapitalistische Regime 2008 in eine massive Krise geraten, doch habe es sich in der Folge wieder stabilisiert und auf neue Felder der Akkumulation verlegt. Gemeint ist damit insbesondere die Digitalökonomie, die ja tatsächlich nach 2008 einen gigantischen Aufschwung erlebt hat – faktisch war sie bereits seit den 1970er-Jahren eine Quelle der konstanten Verjüngung des Finanzmarktregimes. Der fortschreitenden Digitalisierung beginnt sich Vogl im zweiten Kapitel anzunähern. Der zentrale Punkt dieser Annäherung ist Vogls Unterscheidung zwischen Informationen und Wissen. Dabei bezeichnet Information diejenigen nackten Daten, auf deren Basis, wie die Standardtheorie der Wirtschaftswissenschaften meint, sich innerhalb von Märkten Preise bilden. Sie liefern Wissen minus Prüfung und Rechtfertigung. Je stärker Transaktionen auf Märkten nun algorithmisch automatisiert werden, desto informationsreicher, aber wissensärmer operieren sie. Der Aufstieg dieser Logik hat sich, ausgehend von der Algorithmisierung der Finanzmärkte, in der Plattformökonomie auf immer neuen Märkten

wiederholt (im Bereich von Konsumenten-Software, im Ecommerce, im Taxi-Gewerbe usw.). Da Algorithmen ausschließlich standardisierte Informationen verarbeiten, tilgt die Algorithmisierung von Transaktionsprozessen die Bedeutung von Wissen. Im Resultat haben wir es nicht mehr mit Wissensmärkten, sondern – so Vogl – mit durch Algorithmen geformten „Meinungsmärkten“ zu tun.

Den digitalen Plattformen widmen sich das dritte und vierte Kapitel in größerer Ausführlichkeit. Die oben bereits angesprochenen Filiationen zwischen Finanz- und Digitalökonomie werden jetzt im Einzelnen ausbuchstabiert. Was die Plattformökonomie für Vogls Begriffe kennzeichnet, ist die weitgehende „Auslagerung von Kosten“, die bei herkömmlichen Geschäften „mit der Pflege und mit dem sorgenvollen Aufwand für alle Varianten von Fixkapital verbunden“ waren (S. 68). Als „proprietäre Märkte“⁴ seien Plattformen primär mit der Vermittlung von Angebot und Nachfrage befasst, also nicht mehr mit der Erstellung originärer Leistungen. Sie basieren deshalb auf spezifischen Kontrollstrategien, die Vogl als Effekte der „protokoll-logische[n] Anordnung des Internets selbst“ interpretiert, weshalb sie sich sowohl in ökonomischen, als auch in „politischen und sozialen Gefügen der Kontrollgesellschaft konkretisieren“ (S. 93) Mit dem Aufstieg der Plattformökonomie greifen, anders gesagt, die Herrschaftslogiken des Finanzsektors nicht nur auf neue Märkte durch, sondern auf politische Prozesse und (post-)demokratische Öffentlichkeiten. Vogl entschlüsselt die sich dort entfaltende „Gleichsinnigkeit von Kommunikation und Kontrolle“ (S. 94) als ein Erbe kybernetischer Steuerungsideen. Beim Vordringen der „Kontrollfunktionen der Informations- und Finanzindustrie [in] das [weitere] soziale Feld“ übernehmen die Plattformbetreiber (frei nach Lawrence Lessigs „code is law“) zudem rechtssetzende Funktionen, denen zumal in den USA gesetzgeberische Hilfestellungen den Weg gebahnt haben. Im Fahrwasser der sich formierenden Finanzindustrie konnten sich eigene „pseudo- oder parastaatliche Strukturen“ (S. 102) entfalten, wie Vogl sie eindrucksvoll an Facebooks Währungsinitiative Libra exemplifiziert: Geradezu modellgebend für die zu beobachtenden Veränderungen wird die Initiative eines privatwirtschaftlich geführten Global Players greifbar, der die Absicht verfolgt, eine eigene, weltweit gültige Währung auszugeben.

Kapitel fünf und sechs widmen sich den Auswirkungen der durch solche Initiativen angestoßenen Dynamik im Kontext digitaler Öffentlichkeiten. Plattformöffentlichkeiten (im Grunde handelt es sich um die Sozialen Medien) werden zunächst – hier wird der Faden aus Kapitel zwei wieder aufgenommen – als Meinungsmärkte charakterisiert. Sie sind nicht auf die Vermehrung und Distribution von Wissen ausgerichtet, sondern auf die Maximierung von *traffic* im Dienste ökonomischer Transaktionen. (Im Grunde ist die

Akquise neuer und weiterer Werbekunden das Ziel.) Ohne ihre Aktivitäten einschränkende Haftungsregeln – Stichwort Selbstregulierung – sei den Plattformbetreibern möglich, alle erdenklichen, so auch zweifelhafte, Inhalte nach Gutdünken zu privilegieren. Deren Verbreitung werde durch ökonomische Bewertungspraktiken gesteuert, die nicht Gehalt prämierten, sondern Viralität.

Bemerkenswert an Vogls Analyse ist schließlich die figurative Erweiterung seiner Interpretationen auf die Affektökonomie der Gegenwart, die das letzte Kapitel des Buches vornimmt. In ihm erfasst Vogl den finanzdigitalen Komplex als Triebfeder des Ressentiments. Das Ressentiment, so die argumentative Pointe, basiere auf einem geradezu zwanghaften „Vergleichs- und Relationzwang, [...] einem Reflex zu Valorisierung und Bewertung, [...] einer wuchernden Urteilslust“ (S. 163). Einem solchen Valorisierungsbegehren leisten die auf permanente Bewertung und Vergleich ausgerichteten Plattformen insofern Vorschub, als Praktiken des Vergleichens und Bewertens ihren operativen Kern darstellen. Von daher bilden Plattformen die Ressource eines „strukturellen Populismus“ (S. 174), der im Typus der dort favorisierten Kommunikation eine „Feindseligkeit aller gegen alle“ freisetzt, die, wie es im letzten Satz des Buches raunend heißt, zum „Ferment einer neuen Vorkriegszeit“ (S. 182) werden könnte.

Politische Kontingenzen

Joseph Vogls Buch liefert in großen Teilen ein aufschlussreiches, im Stil eher kultur- und literaturwissenschaftliches Re-Read bestehender Studien. Angereichert findet sich diese Synopse systematisch mit einer ebenso originellen wie tiefenscharfen Analyse der Finanzwirtschaft. Der Fokus, auf den sich das Buch angesichts laufender Debatten um die Digitalisierung des Kapitalismus völlig zu Recht konzentriert, betrifft den Vorgang, indem sich Digitales mit Finanziellem verfigt. Nichts ist wirklich neu an dem daraus hervorgehenden digitalen Kapitalismus, so wären Vogls Befunde zu resümieren: Er ist das geschichtliche Produkt der Expansion finanzökonomischer Praktiken auf die Gesellschaft in ihrer Breite.

Kauft man diese Deutung, drängt sich freilich die Frage auf, ob die Verfigung von Digitalität und Finanzkapital nur im kapitalismusgeschichtlichen Rückblick zu beobachten oder auch für die absehbare Zukunft fortzuschreiben ist. Damit stellt sich zugleich das Problem ihrer etwaigen politischen Einhegung.

Nach 2008 gab es einen Moment, der politische Impulse für Strukturveränderungen im Kapitalismus der Gegenwart möglich erscheinen ließ, weil eine grundlegende Reform der Finanzindustrie auf die Tagesordnung rückte. Heute herrscht breites Einverständnis darüber, dass diese historisch einmalige Chance nach der Lehman-Brothers-Pleite verspielt wurde. Vogl stimmt in den Chor dieser Stimmen ein, wenn er die Digitalökonomie – immerhin das basale Wachstumsfeld des globalen Kapitalismus in der vergangenen Dekade – als durch und durch finanzkapitalistische Unternehmung beschreibt.

Doch ließe sich einwenden, dass es durchaus gravierende Unterschiede gibt: In der spekulativen Logik des finanzkapitalistischen Akkumulationsmodells (im engeren Sinne) sind Risiken nicht nur strukturell angelegt. Sie können sich in Wahrheit auch schnell zu systemischen Krisen radikalieren, etwa indem Bankenpleiten die Refinanzierungskanäle von Unternehmen austrocknen. Im Normalbetrieb konnte das Finanzsystems vor 2008 offenbar dennoch glaubhaft machen, nicht nur essenziell für das Funktionieren der Wirtschaft, sondern geradezu dessen eigentlicher Innovationsmotor zu sein. Politischer Handlungsdruck entstand daher erst, als das Haus bereits in Flammen stand. So gesehen dürfte die von Kritiker*innen zwar verstandene, aber eben politisch zugunsten wirtschaftlicher Dynamik vernachlässigte Krisenhaftigkeit des Finanzkomplexes dessen proaktive Regulierung zumindest erschwert haben – ein Faktor, der 2008 wohl nicht zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus auftrat.

Für den Digitalsektor liegt allerdings keine ausgebaute Theorie immanenter und *systemischer* Krisenhaftigkeit vor – womöglich, weil es diese endogene Instabilität gar nicht gibt? Zweifelsohne haben wir es in der zweiten Reihe der Technologieunternehmen mit häufig hochgradig defizitären Unternehmen zu tun. Die gegenwärtige Situation ähnelt angesichts dieses Sachverhalts tatsächlich stark jener der späten 1990er-Jahre, die ja zum Platzen der Dotcom-Blase führte. Allerdings haben die Kursstürze bei Firmen wie etwa Uber, Lyft oder Snapchat keineswegs zu systematischen Markterschütterungen geführt. Vielmehr scheint einiges dafür zu sprechen, dass der Nukleus der Digitalökonomie, anders als in den 1990er-Jahren, äußerst stabil ist. Leitunternehmen wie Google, Facebook oder Amazon sind hochprofitabel und in einem Ausmaß solvent, das die atemnehmenden Unsummen illustrieren, mit denen sie weiterhin ihre Investitionen unterfüttern und die eigenen Aktien erwerben. Ihnen, so sieht es jedenfalls derzeit aus, können überraschende Marktentwicklungen eigentlich nicht gefährlich werden, sondern nur Regulierungsmaßnahmen der Politik.

Die Politik wiederum steht gegenwärtig nicht vor dem Problem, wie seinerzeit bei ihrem

Versuch, den Bankensektor zu reglementieren, nur im (Ausnahme-)Fall akuter systemischer Krisenhaftigkeit unter Handlungsdruck zu geraten. Gerade die bei Vogl unter dem Aspekt des Ressentiments beschriebenen Verwerfungen innerhalb demokratischer Öffentlichkeiten werden zur Kenntnis genommen und auf dem Radar zeitgenössischer Politik sorgfältig nachverfolgt. Ihre Skandalisierung ist auch in den Medien allenthalben nachzuvollziehen. Bereits seit Jahren trägt sich insbesondere in Europa die Gesetzgebung mit dem Projekt regulativer Interventionen. Offensichtlich wurde der Königsweg für die ins Auge gefassten, etwaigen Eingriffe noch nicht gefunden. Andererseits würde die Behauptung, die Politik läge mit der Digitalindustrie im Bett wie einst die Finanzindustrie mit den Clinton/Bush-Regierungen (oder das Silicon Valley mit der Obama-Administration), die offenkundig existierenden und absehbaren Konflikte ignorieren. Nicht zuletzt verdeutlichen einige der von Vogl herangezogenen Beispiele die momentane Sachlage: Nicht nur Libra steht unter massivem Beschuss diverser politischer Akteure, auch die bis dato quasi gesetzlich verankerte Selbstregulierung der Sozialen Medien stellt für die aktuelle europäische Legislative ein wichtiges Angriffsziel dar.

Es hat sich, so würde ich die Situation beschreiben, ein hochdynamisches Kraftfeld mit verschiedenen Vektoren aufgebaut, auf dem der Staat versucht – anders als gegenüber der Finanzökonomie –, in die Offensive zu kommen: Über öffentliches Risikokapital werden in Europa beispielsweise Unternehmen gefördert, von denen man sich eine Veränderung der Kräfteverhältnisse im Digitalen erhofft. Gleichzeitig werden Spielräume politischer Marktschließung ausgelotet – etwa in Form von Akquisitionskontrollen und strategischen Beteiligungen. Die wohl größte Gefahr für die Monopolbildung innerhalb der bestehenden Machtgefüge geht ausgerechnet – Ironie der Geschichte – von der radikal neoliberalen Ecke aus: In ihrer Reaktion auf die Privatisierung der Märkte durch die Plattformökonomie verfolgt die EU, etwa im Kontext des unlängst vorgeschlagenen Digital Services Package, eine Strategie des politischen Marktdesigns.⁵ Man mag ungläubig den Kopf schütteln, doch Tatsache ist, dass neoliberale Instrumente jetzt gegenhegemonial umfunktioniert werden sollen. Das Schwert, das die Wunde geschlagen hat, soll, wie schon von der antiken Mythologie überliefert, sie jetzt auch heilen. Womöglich handelt es sich schlicht und einfach um einen Ausdruck politischer Einfallslosigkeit. Dennoch: In ambitionierter Ausgestaltung wären solche Eingriffe durchaus in der Lage, die Macht der proprietären Märkte zu brechen.⁶ Da es sich bei den betroffenen Unternehmen vornehmlich um Firmen handelt, die außerhalb der EU angesiedelt sind, kann unter Gesichtspunkten der, wie es heißt, digitalen Souveränität, durchaus von politischem Rückenwind für solche Vorhaben ausgegangen werden. Marktbeherrschende Stellungen sollen in naher Zukunft unter konstanter Beobachtung gestellt und die ganz großen Player ex-ante reguliert werden.

Erwartungsgemäß positionieren sich die Leitunternehmen des digitalfinanziellen Kapitalismus allerdings schon seit einiger Zeit strategisch so, dass der Eventualität eines stärkeren politischen Durchgreifens vorgebaut wird. Zwei zusammenhängende Strategien stechen hervor. Zum einen setzen sie auf die Diversifizierung ihrer Geschäftsmodelle, vor allem durch die Expansion in neue Bereiche – etwa in die Unternehmenssoftware. So versuchen sie, ihre Abhängigkeit von einzelnen kartellrechtlich oder anderweitig beanstandeten Bereichen zu minimieren. Zum anderen nehmen sie die materiellen Infrastrukturen in Besitz, auf denen ihre Dienstleistungen basieren – eine Strategie, die unter dem Begriff der „Infrastrukturalisierung“ diskutiert wird: Sie investieren in Unterseekabel, Funknetze, Datacenter und ähnliche *heavy assets*. Solche Infrastrukturen als *asset-light* zu beschreiben, wie Vogl es tut, geht an der sichtbar werdenden Entwicklungstendenz vorbei. Faktisch übernimmt eine kleine Zahl von Firmen die Sicherstellung essenzieller Infrastrukturfunktionen globaler Kommunikation. Diese Leitunternehmen machen sich, ganz auf der Linie von Vogls Narrativ, zunehmend *systemrelevant* – oder eben, wie die Banken zuvor: *too big to fail*.

Ob das neoliberale Marktdesign-Programm der EU, gepaart mit einigen industriepolitischen Initiativen, in der Lage sein wird, diesen Trend zu brechen, kann heute niemand wissen. Ganz unterschiedliche Arrangements, die im Dauerkonflikt zwischen Demokratie und Kapitalismus auszuhandeln wären, sind denkbar. So könnten die marktgleichen Plattformen beispielsweise in Aussicht stellen, ihre gewaltigen Fähigkeiten in Sachen granularer Marktgestaltung in den Dienst demokratischer Interessen zu stellen: Wer wollte gegen Matching-Algorithmen im Ecommerce argumentieren, die nicht nur den Preis von Waren, sondern womöglich auch ihr ökologisches Nachhaltigkeitsprofil für das Setzen von Kaufanreizen nutzen? Hätte Amazon dabei nicht den längsten Hebel? Ebenso vorstellbar ist, dass ein ähnlicher Prozess unter politischem Primat in Gang kommt – etwa wenn öffentliche Unternehmen, wie es im Bereich urbaner Mobilität bereits geschieht, eigene Plattformen aufbauen, um bestimmte Märkte nach öffentlichen Interessen zu gestalten. Nichts beweist, dass sich *bonum commune* und Digitalität kategorisch ausschließen.

Die entscheidende Frage scheint mir nicht zu sein, ob ein politischer Wille zur Einhegung des digitalen Kapitalismus vorhanden ist. Fraglich ist vielmehr, ob die notwendigen Kompetenzen und die institutionelle Unterfütterung der unabdingbaren Expertise auf Seiten der Politik bestehen. Also wird sich, wie ich vermute, das nächste wichtige Buch zur Digitalisierung des Kapitalismus wohl um Staat und Staatlichkeit drehen müssen.

Endnoten

1. Philipp Staab, Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit, Berlin 2019, S. 97.
2. Ebd., S. 74.
3. Aaron Sahr, Keystroke-Kapitalismus. Ungleichheit auf Knopfdruck, Hamburg 2017.
4. Staab, Digitaler Kapitalismus.
5. Dominik Piétron / Philipp Staab, EU gegen Big Tech. Das Ende der Gesetzlosigkeit?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 66 (2021), 2, S. 95–101.
6. Vgl. ebd.

Philipp Staab

Philipp Staab ist Professor für die Soziologie der Zukunft der Arbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Einstein Center Digital Future (ECDF).

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Martin Bauer.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/kapital-information-kontrolle.html>